

Fragen

für die Fragestunde der Sitzung des Deutschen Bundestages
am Mittwoch, dem 8. Oktober 1997

Verzeichnis der Fragenden

<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Altmann, Gila (Aurich) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	18, 19	Kunick, Konrad (SPD)	41
Altmann, Elisabeth (Pommelsbrunn) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	33, 34	Lamp, Helmut (CDU/CSU)	3, 4
Bahr, Ernst (SPD)	1, 2	Dr. Lucyga, Christine (SPD)	16, 17
Bindig, Rudolf (SPD)	10	Nitsch, Egbert (Rendsburg) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	37
Conradi, Peter (SPD)	40	Probst, Simone (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	25
Dr. Eid, Uschi (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	7, 30	Schmitt, Heinz (Berg) (SPD)	31, 32
Fischer, Lothar (Homburg) (SPD)	24	Dr. Struck, Peter (SPD)	8, 9
Hilsberg, Stephan (SPD)	23	Such, Manfred (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	35, 36
Hinsken, Ernst (CDU/CSU)	20, 21	Tauss, Jörg (SPD)	5, 6
Janz, Ilse (SPD)	42	Wallow, Hans (SPD)	38, 39
Dr. Jüttner, Egon (CDU/CSU)	15, 22	Weiermann, Wolfgang (SPD)	11, 12
Koppelin, Jürgen (F.D.P.)	13, 14	Wilhelm, Helmut (Amberg) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	28, 29
Kubatschka, Horst (SPD)	26, 27		

Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung

	Seite
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung	3
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit	3
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau	3
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung	4
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Sozialordnung	4
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr	5
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Technologie	7
Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts	8
Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern	9
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen	10

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung

1. Abgeordneter
**Ernst
Bahr**
(SPD) Hält die Bundesregierung, angesichts eines durch die weltpolitische Lage veränderten Verteidigungsauftrages der Bundeswehr, an der bisher geltenden Truppenübungsplatzkonzeption fest?

2. Abgeordneter
**Ernst
Bahr**
(SPD) Wie ist die Haltung der Bundesregierung zu dem Umstand, daß es in den neuen Ländern mindestens ein Fall – Ruppiner Heide/Brandenburg – gibt, in dem ein Truppenübungsplatz, der vorher ausschließlich von der ehemaligen Westgruppe der sowjetischen Truppen (WGT) genutzt wurde, von der Bundeswehr bereits vor dem Abschluß noch laufender förmlicher Planungs- bzw. Vermögenszuordnungsverfahren als Schieß- und Bombenabwurfplatz genutzt wird, und sind der Bundesregierung weitere derartige Fälle bekannt?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt,
Naturschutz und Reaktorsicherheit**

3. Abgeordneter
**Helmut
Lamp**
(CDU/CSU) Ist der Bundesregierung bekannt, in welchem Maße die Atmosphäre seit 1950 mit CO₂ angereichert wurde?

4. Abgeordneter
**Helmut
Lamp**
(CDU/CSU) Welche Fortschritte zur Minderung der CO₂-Anreicherung konnten mit Blick auf die nationale Selbstverpflichtung in der Bundesrepublik Deutschland bisher erzielt werden?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Raumordnung,
Bauwesen und Städtebau**

5. Abgeordneter
**Jörg
Tauss**
(SPD) Wie beurteilt die Bundesregierung die finanzielle Situation der Frankfurter Siedlungsgesellschaft (FSG), die mehrheitlich im Besitz des Bundes ist?

6. Abgeordneter
Jörg Tauss
(SPD)
- Welchen Sanierungsbedarf sieht sie im Wohnungsbestand der FSG, und über welche Sanierungsrücklagen verfügt die Gesellschaft unter Berücksichtigung der Mieterrücklagen für Instandhaltung?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

7. Abgeordnete
Dr. Uschi Eid
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Auf welche Tatsachen stützt sich das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit, wenn sein Pressesprecher, gegenüber Vertretern der Deutschen Welthungerhilfe und „Terre des Hommes“ als Reaktion auf deren kritische Bestandsaufnahme der deutschen Entwicklungspolitik – laut Tagesspiegel vom 5. September 1997 – seine Hoffnung ausdrückt, „daß die beiden Herren mit ihren Spendengeldern verantwortungsvoller umgehen als mit den Zahlen, die sie in die Welt gesetzt haben“?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Sozialordnung

8. Abgeordneter
Dr. Peter Struck
(SPD)
- Wie ist die derzeitige Belegungssituation (in v. H. zur verfügbaren Bettenzahl, eigene Betten/Vertragsbetten) bei den Rehabilitationseinrichtungen der Bundesversicherungsanstalt für Angestellte und – nach Kenntnis der Bundesregierung – der Landesversicherungsanstalten – jeweils nach Anstalten getrennt –, verteilt auf eigene Einrichtungen der Rentenversicherungsträger und die von den Rentenversicherungsträgern in Anspruch genommenen Vertragsbetten in privaten Rehabilitationseinrichtungen?
9. Abgeordneter
Dr. Peter Struck
(SPD)
- Welche Maßnahmen hat die Bundesregierung veranlaßt, die Entschließung des Deutschen Bundestages vom 26. Juni 1997 zur gleichgewichtigen Verteilung des durch die Einsparung im

Rehabilitationsbereich bedingten Belegungsrückgangs auf eigene Einrichtungen der Rentenversicherungsträger und auf vertraglich in Anspruch genommene private Rehabilitationseinrichtungen umzusetzen und künftig abzusichern (vgl. Plenarprotokoll 13/184, S. 16616 A)?

10. Abgeordneter
**Rudolf
Bindig**
(SPD)

Welche konkreten Maßnahmen hat der Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung, Dr. Norbert Blüm, in seiner Eigenschaft als Bundesminister und Mitglied der Bundesregierung in der Vergangenheit ergriffen, um die weltweite Kinderarbeit zu bekämpfen, und welche konkreten Maßnahmen sind von ihm für die nähere Zukunft geplant?

11. Abgeordneter
**Wolfgang
Weiermann**
(SPD)

Wie beurteilt die Bundesregierung die Überzeugung zahlreicher Ökonomen, daß die neue Niedriglohnentwicklung in der Wirtschaft mehr Arbeitsplätze vernichtet als sie schafft?

12. Abgeordneter
**Wolfgang
Weiermann**
(SPD)

Trifft es zu, daß immer mehr Vollarbeitsplätze durch sozialversicherungsfreie, ungeschützte Teilzeitplätze ersetzt werden?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr

13. Abgeordneter
**Jürgen
Koppelin**
(F.D.P.)

Aus welchen Gründen ist die bundeseigene Liegenschaft „Rheinhafen Oberwinter“ vor dem Hintergrund knapper Haushaltsmittel des Bundes bisher nicht veräußert worden, obwohl es Kaufinteressenten gibt, und warum ließ die Bundesregierung zu, daß von der Oberfinanzdirektion Koblenz ein zweites Wertgutachten im laufenden Ausschreibungsverfahren nach Öffnung der Angebote erstellt wurde?

14. Abgeordneter
**Jürgen
Koppelin**
(F.D.P.)

Ist der Bundesregierung bekannt, daß hohe Ministerialbeamte aus dem Bundesministerium für Verkehr und dem Bundesministerium der Finanzen als Vorstandsmitglied bzw. Mitglied eines ansässigen Yachtclubs eigenes Kaufinteresse an der bundeseigenen Liegenschaft „Rheinhafen Oberwinter“ bekunden, und wie bewertet sie dieses?

- | | |
|--|--|
| 15. Abgeordneter
Dr. Egon Jüttner
(CDU/CSU) | Welche Maßnahmen ergreift die Bundesregierung, damit im Rahmen des Öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) das Verkehrssystem Omnibus in Anbetracht seiner im Vergleich zum Verkehrssystem Schiene deutlich niedrigeren Förderung aus Mitteln des Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetzes (GVFG) auch künftig auf dem deutschen Markt, insbesondere im ländlichen Bereich, noch einsatz- und konkurrenzfähig bleibt? |
| 16. Abgeordnete
Dr. Christine Lucyga
(SPD) | Wie schätzt die Bundesregierung das Konzept „Ostsee-Express“ des Bundes für Umwelt- und Naturschutz (BUND) zur Verbesserung des Schienenverkehrs in Mecklenburg-Vorpommern ein? |
| 17. Abgeordnete
Dr. Christine Lucyga
(SPD) | Welche Konsequenzen zieht die Bundesregierung aus diesem Konzept für den Ausbau der Schieneninfrastruktur in Mecklenburg-Vorpommern? |
| 18. Abgeordnete
Gila Altmann (Aurich)
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) | Womit werden die aktuellen Mittelstreckungen für die Schienenverbindung Lübeck/Hagenow Land – Rostock – Stralsund (VDE Nr. 1) im Fünfjahresplan für den Ausbau der Schienenwege begründet? |
| 19. Abgeordnete
Gila Altmann (Aurich)
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) | Gelten für das Verkehrsprojekt Deutsche Einheit (VDE) Nr. 10, die Autobahn Lübeck – Rostock – Stettin, die gleichen wirtschaftlichen Kriterien wie für das VDE Nr. 1? |
| 20. Abgeordneter
Ernst Hinsken
(CDU/CSU) | Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß die Deutsche Lufthansa mit einem Anteil von rund 80% am innerdeutschen Linienluftverkehr als marktbeherrschendes Unternehmen anzusehen ist, und wie reagiert die Bundesregierung vor diesem Hintergrund über ihre Vertreter im Aufsichtsrat des Unternehmens darauf, daß die Deutsche Lufthansa die Provisionen für innerdeutsche Lufthansaflüge an die Reisevermittler von 9% auf 5% abgesenkt hat? |
| 21. Abgeordneter
Ernst Hinsken
(CDU/CSU) | Trifft es nach Kenntnis der Bundesregierung zu, daß von dieser Absenkung der Provisionen die großen Reisebüroketten, z. B. Hapag-Lloyd, Eurolloyd oder Deutsches Reisebüro, an denen |

die Deutsche Lufthansa beteiligt ist und andere Reisebüroketten durch gesondert vereinbarte Zusatzprovisionen nicht betroffen sind, und welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, um zu verhindern, daß hierin eine Ausnutzung von Marktmacht zum Nachteil der mittelständischen Unternehmen zu sehen ist?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Bildung,
Wissenschaft, Forschung und Technologie**

22. Abgeordneter
Dr. Egon Jüttner
(CDU/CSU)
- Welche Maßnahmen hat die Bundesregierung ergriffen bzw. gedenkt sie noch zu ergreifen, damit sich die Anzahl qualifizierter ausländischer Studierender an deutschen Hochschulen erhöht?
23. Abgeordneter
Stephan Hilsberg
(SPD)
- Welche Bemühungen hat das Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Technologie unternommen, um die vom Bundesministerium des Innern geplante Verschärfung der Aufenthaltsbestimmungen für Ausländer, die das Studium ausländischer Studenten in der Bundesrepublik Deutschland erschweren würde, zu verhindern?
24. Abgeordneter
Lothar Fischer (Homburg)
(SPD)
- Welche konkreten negativen Auswirkungen befürchtet die Bundesregierung für den Fall, daß die Cassini-Huygens-Mission zum Saturn nochmals – und dieses Mal bis zum Jahr 2001 – verschoben wird, um ein Erd-Swing-by-Manöver zu vermeiden, auf den mit dieser Mission verfolgten wissenschaftlichen Erkenntnisgewinn?
25. Abgeordneter
Simone Probst
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Haben nach Kenntnis der Bundesregierung die Europäische Weltraumorganisation ESA bzw. deutsche Unterauftragnehmer mit der amerikanischen Weltraumbehörde NASA schriftliche Vereinbarungen über eine Haftung im Falle von Unfällen bei der Cassini-Huygens-Mission zum Saturn getroffen, und welchen Inhalt haben diese Vereinbarungen?

26. Abgeordneter
Horst Kubatschka
(SPD)
- Als wie ernst zu nehmend stuft die Bundesregierung die Kritik von Dr. Michio Kaku an den Umweltverträglichkeitsstudien der US-Raumfahrtbehörde NASA ein, die zu dem Ergebnis gelangt ist, daß die Risiken beim Einsatz von radiothermoelektrischen Generatoren (RTG) im Weltraum von der NASA systematisch und unzulässig verharmlost werden (s. dpa-Meldung vom 9. September 1997)?
27. Abgeordneter
Horst Kubatschka
(SPD)
- Welche Prüfungen hat die Bundesregierung veranlaßt, um die Kritik von Dr. Michio Kaku zu verifizieren, und welche Schlußfolgerungen zieht sie aus diesen Ergebnissen?

Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts

28. Abgeordneter
Helmut Wilhelm (Amberg)
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wieso verwehrt die Bundesregierung gegenüber dem damaligen Entführungsoffer Heinrich Strübig und dessen Familie weiterhin genaue Erläuterungen über die damaligen Erkenntnisse und Erörterungen im Arbeitsstab Libanon, wo doch wesentliche Unterlagen des Bundesnachrichtendienstes zum Entführungsfall Strübig/Kemptoner in einem Buch, in Presseartikeln und in einem Fernsehbeitrag veröffentlicht wurden und offenbar den bisherigen Darstellungen der Bundesregierung widersprechen?
29. Abgeordneter
Helmut Wilhelm (Amberg)
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Trifft es zu, daß die in der Antwort des Staatsministers Dr. Werner Hoyer vom 19. September 1997 auf meine Frage 13 in Drucksache 13/8596 zitierte Presseerklärung des Auswärtigen Amts vom 23. Juni 1997 als Reaktion auf Pressemeldungen über eine kurz zuvor eingereichte Strafanzeige des Heinrich Strübig gegen die Verantwortlichen des damaligen Arbeitsstabes Libanon erfolgte und nicht – wie mir gegenüber mitgeteilt wurde – als Antwort auf das in meiner Frage 13 erwähnte Rundschreiben von Dagmar Nackunz vom 10. Juni 1997?
30. Abgeordnete
Dr. Uschi Eid
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Steht die Schließung der Außenstelle der Deutschen Botschaft in Kamerun, Douala, dem Wirtschaftszentrum des Landes und wichtigsten Hafen Westafrikas, nicht im Gegensatz zu der vom Bundesminister des Auswärtigen verfolgten Politik, die Außenwirtschaft zu stärken?

31. Abgeordneter
**Heinz
Schmitt
(Berg)
(SPD)**
- Wie gewährleistet die Bundesregierung, daß die Produktion von Landminen durch deutsche Firmen nach Unterzeichnung des Osloer Abkommens mit sofortiger Wirkung eingestellt wird, und haben diese Firmen nach Kenntnis der Bundesregierung Produktionsstätten auch in Ländern, die dieses Abkommen nicht unterzeichnet haben?
32. Abgeordneter
**Heinz
Schmitt
(Berg)
(SPD)**
- Ist ein Bericht des Fernsehmagazins Monitor vom 25. September 1997 zutreffend, daß die Bundesregierung Firmen bei der Entwicklung von Minenräumsystemen fördert, die auch Hersteller von Landminen sind, und ist es richtig, daß das marktreife und nach Aussagen von Experten praxistaugliche Produkt eines mittelständischen Unternehmens (Firma Krohn in der Eifel) von der Bundesregierung nicht weiter gefördert wird?
33. Abgeordnete
**Elisabeth
Altmann
(Pommelsbrunn)
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)**
- Wann und wie gedenkt die Bundesregierung die Empfehlungen von Sachverständigen aus der Anhörung des Auswärtigen Ausschusses zu „Bestandsaufnahme und Perspektiven der deutschen Auswärtigen Kulturpolitik“ vom 14. April 1997 hinsichtlich der Einsetzung einer Kommission, die ein Gutachten zur Neuordnung der Trägerlandschaft in der Auswärtigen Kulturpolitik erarbeiten soll, umzusetzen?
34. Abgeordnete
**Elisabeth
Altmann
(Pommelsbrunn)
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)**
- Welche konkreten Arbeitsergebnisse kann der von dem Bundesminister des Auswärtigen, Dr. Klaus Kinkel, einberufene Beirat für Auswärtige Kulturpolitik hinsichtlich einer Neustrukturierung der Trägerlandschaft in der Auswärtigen Kulturpolitik vorweisen?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern

35. Abgeordneter
**Manfred
Such
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)**
- Zu welchem Ergebnis hat die vom Parlamentarischen Staatssekretärs im Bundesministerium des Innern, Eduard Lintner, in seinem Schreiben vom 23. April 1997 an mich erwähnte „detaillierte Überprüfung des Falles, wie auch der gesamten Zusammenarbeit mit Gröbe“ durch das Bundeskriminalamt geführt, und welche Konsequenzen (z. B. Disziplinarmaßnahmen) wurden daraus bisher gezogen?

36. Abgeordneter
Manfred Such
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Inwieweit hats die Bundesregierung Konsequenzen aus dem Beschluß der 4. Strafkammer des Landgerichts München II vom 14. August 1997 im Verfahren gegen Hermann Sterr gezogen, in dem die Kammer den Zeugen Helmut Gröbe als „untaugliches Beweismittel“ ansieht und darüber hinaus die Vermutung äußert, die Aussagen der Vertrauensperson Gröbe „beruhen eventuell auf Informationen der Polizei“ (s. dazu auch Süddeutsche Zeitung vom 1. Oktober 1997 S. 3)?
37. Abgeordneter
Egbert Nitsch (Rendsburg)
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie hat die Bundesregierung auf die Tatsache reagiert, daß der V-Mannführer des BKA, Kurt Hertel, am 27. Mai 1992 in seiner Zeugenvernehmung vor dem Landesgericht Innsbruck in der Strafsache gegen Hermann Sterr behauptet hat: „Es existieren keine Schreiben der Vertrauensperson an mich“ (vgl. Süddeutsche Zeitung vom 1. Oktober 1997), dieses Schreiben der VP 572 aber am 7. Juli 1997 durch den BKA-Beamten Sch. an das Landgericht München II, betreffend das dortige Verfahren gegen Hermann Sterr (4 Kls Js 20033/96) übersandt wurden, und inwieweit werden insbesondere disziplinarische Maßnahmen gegen den BKA-Beamten Kurt Hertel ergriffen?
38. Abgeordneter
Hans Wallow
(SPD)
- In welchem Ausmaß hat das Technische Hilfswerk (THW) für Hilfsmaßnahmen im Ausland in der Vergangenheit externe Helfer angefordert, und wie war deren soziale Absicherung geregelt?
39. Abgeordneter
Hans Wallow
(SPD)
- In welchem Ausmaß nehmen nicht-staatliche Hilfsorganisationen bislang Einrichtungen des THW für Schulungsmaßnahmen sowie bei der Koordinierung von internationalen Hilfsmaßnahmen in Anspruch?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen

40. Abgeordneter
Peter Conradi
(SPD)
- Wie hoch schätzt die Bundesregierung die mit der Einführung des EURO vorhandenen Kosten, beispielsweise die Kosten für die Umstellung der kommunalen Fahrkartenautomaten und Parkuhren, und wer wird diese Kosten bezahlen?

41. Abgeordneter
Konrad
Kunick
(SPD)

Kann die Bundesregierung bestätigen, daß sie bei der Neuordnung der Oberfinanzdirektionen das Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 27. Mai 1992 zugunsten Bremens berücksichtigt, in dem es heißt: „Schließlich sind auch Standortentscheidungen, für die der Bund zuständig ist oder an denen er mitwirkt, ein geeignetes Mittel, um der wirtschaftlichen Strukturschwäche eines Landes ein Stück weit abzuhelpfen. Dafür kommen etwa Entscheidungen über den Sitz von Behörden ebenso in Frage wie solche über den Standort wissenschaftlich-technischer Forschungseinrichtungen und Anstalten.“?

42. Abgeordnete
Ilse
Janz
(SPD)

Ist es richtig, daß die Bundesregierung beabsichtigt – im Rahmen der Neuordnung der Oberfinanzdirektionen – die Oberfinanzdirektion in Bremen ganz oder teilweise abzubauen, und wenn ja, in welcher Größenordnung ist das Personal betroffen?

Bonn, den 2. Oktober 1997

